

Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848

Wiege des Parlamentarismus
in Deutschland



Mohr Siebeck

Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848



Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848

Wiege des Parlamentarismus in Deutschland

herausgegeben von

Stephan Harbarth, Frieder Hepp,
Peter Hommelhoff, Paul Kirchhof
und Bernd Schneidmüller

Mohr Siebeck

STEPHAN HARBARTH ist Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg.

FRIEDER HEPP ist Direktor des Kurpfälzischen Museums Heidelberg und Honorarprofessor am Historischen Seminar der Universität Heidelberg.

PETER HOMMELHOFF ist Ordinarius für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Heidelberg.

PAUL KIRCHHOF ist Seniorprofessor für Finanz- und Steuerrecht der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Bundesverfassungsrichter a.D.

BERND SCHNEIDMÜLLER ist Seniorprofessor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Heidelberg.

Diese Publikation wurde gefördert durch:



Kurpfälzisches
Museum
Heidelberg



MANFRED
LAUTENSCHLÄGER
STIFTUNG

Freundeskreis



Kurpfälzisches
Museum
Heidelberg

Heidelberg

ISBN 978-3-16-200565-6 / eISBN 978-3-16-200566-3

DOI 10.1628/978-3-16-200566-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Satz: Martin Fischer, Tübingen. Umschlag: Uli Gleis, Tübingen. Gedruckt auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Inhaltsverzeichnis

STEPHAN HARBARTH

Begrüßungsworte zum Symposion „Die Heidelberger Versammlung – Markstein in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus“	1
--	---

Essays

JÖRN LEONHARD

„Wie durch einen Zauberschlag“: Die Heidelberger Versammlung im März 1848 und die politische Kultur des deutschen Vormärz	7
--	---

CHRISTIAN HILLGRUBER

Republik oder konstitutionelle Monarchie? Der Grunddissens zwischen Demokraten und Liberalen von der Heidelberger Versammlung über das Vorparlament bis zur Frankfurter Nationalversammlung 1848/49	37
--	----

FRANK ENGEHAUSEN und FRIEDER HEPP

Heidelberg im Vormärz und in der Revolution 1848/49	53
---	----

MANFRED G. SCHMIDT

1848/49 – Befunde des nationalen und internationalen Vergleichs	83
---	----

PAUL KIRCHHOF

Der demokratische Weg zu einer deutschen Volksvertretung	97
--	----

Quellen und Biographien

Erklärung der Heidelberger Versammlung, Badischer Hof Heidelberg, 05.03.1848. Bericht in: Deutsche Zeitung Nr. 67, vom 07.03.1848, S. 529	107
--	-----

PETER ZORN

Friedrich Daniel Bassermann und sein Bericht über die Heidelberger
Versammlung (mit einem kommentierten Quellenanhang) 111

FRANK MORAW

Honorationen oder wahre Volksmänner? Die Heidelberger
Versammlung vom 5. März 1848 – von außen gesehen:
Der Bericht Georg Lommels 133

FRANK ENGEHAUSEN

Teilnehmer der Heidelberger Versammlung 143

Dank 193

Abbildungsverzeichnis, bearbeitet von Yvonne Stoldt 195

Begrüßungsworte zum Symposium „Die Heidelberger Versammlung – Markstein in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus“¹

STEPHAN HARBARTH

1. Begrüßung und Danksagung

Meine Mitorganisatoren Frieder Hepp, Peter Hommelhoff, Paul Kirchhof, Bernd Schneidmüller und ich begrüßen Sie herzlich zu unserem Symposium. Es ehrt uns, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Wir freuen uns auf anregende fachliche Diskussionen!

Doch zunächst gilt es, Dank abzustatten: Es ist uns eine besondere Freude, dass wir unser Fachgespräch zu diesem für die Heidelberger Stadtgeschichte – aber nicht nur für sie – so bedeutsamen Ereignis an einem besonders passenden und würdigen Ort, nämlich im Rathaus der Stadt Heidelberg, veranstalten können. Herrn Oberbürgermeister Würzner danken wir nicht nur für die Aufgeschlossenheit, die er unserer Veranstaltung von Beginn an entgegengebracht hat, nicht nur für die Bereitschaft, „sein“ Rathaus für unsere Veranstaltung zu öffnen, sondern auch für sein Grußwort.

Ein ebenso herzlicher Dank gilt der Ministerin der Justiz und für Migration des Landes Baden-Württemberg Marion Gentges, die sich freundlicherweise ebenfalls bereit erklärt hat, unsere Veranstaltung mit einem Grußwort zu eröffnen!

Im Verlauf des Symposiums und zum Auftakt der Nachmittagsvorträge werden wir im Rahmen eines Grußworts Impulse vom Gründungsdirektor der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte, Kai Sprenger, erhalten. Auch hierfür unseren allerbesten Dank!

Die Idee zu dieser Veranstaltung ist gewachsen im Rotary Club Heidelberg. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir mit Hugo Katus den Präsidenten des Clubs zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unseres Symposiums zählen dürfen.

¹ Der nachfolgende Text wurde für die Druckfassung punktuell angepasst. Der Vortragstil wurde beibehalten.

Der Heidelberger Volksbank und ihrem Vorstandsmitglied Toralf Weimer gebührt Dank für die Möglichkeit, unser Symposium in ihren Räumlichkeiten in der Hauptstraße – dem historischen Ort der Heidelberger Versammlung – ausklingen zu lassen.

Und schließlich gilt ein besonders großer Dank unseren herausragenden Referenten Jörn Leonhard, Christian Hillgruber, Manfred G. Schmidt, Frank Engehausen und Frieder Hepp – sie alle haben unser Projekt früh mit Interesse begleitet und sich bereit erklärt, unseren Blick auf die Heidelberger Versammlung von 1848 aus verschiedenen fachlichen Perspektiven zu erhellen und mit uns zu diskutieren.

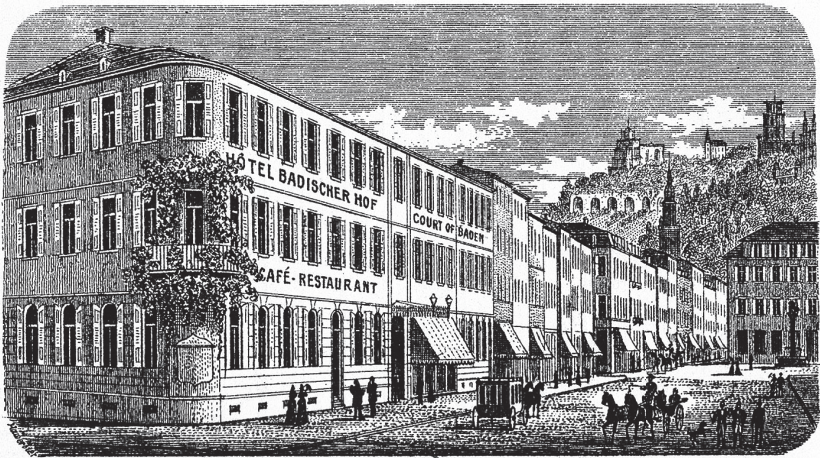
2. Einführung in das Tagungsthema

Im Jahr 2024 haben wir nicht nur den 75. Jahrestag des Grundgesetzes gefeiert, sondern auch ein weiteres Verfassungsjubiläum: den 175. Geburtstag der Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849. In der mit vorzeigbaren Verfassungsjubiläen nicht überreich ausgestatteten Freiheitsgeschichte unseres Landes ragt auch dieser Geburtstag als strahlender Leuchtturm heraus. Die in die Paulskirchenverfassung eingepprägten Ideen und Motive der Revolution von 1848/1849 sind es, in deren Tradition wir uns bis heute stellen. Verkürzt formuliert sind sie im Lied der Deutschen, das August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 so hoffnungsvoll dichtete: Einigkeit und Recht und Freiheit! Zwar blieb die Paulskirchenverfassung eine Verfassung ohne Staat. An ihrem ideengeschichtlichen Erbe haben sich gleichwohl alle späteren deutschen Verfassungen bis hin zum Grundgesetz orientiert.

Doch wie kam es zu diesem prägenden Moment in der deutschen Verfassungsgeschichte? Wie wurde der im 19. Jahrhundert aus Frankreich übergreifende revolutionäre Überschwang in geordnete Bahnen gelenkt? Wie wurden die Ideen der Aufklärung schließlich in Verfassungsbestimmungen gegossen? Ein wesentlicher Markstein auf dem Weg zur Beratung und Verabschiedung der Paulskirchenverfassung durch die Nationalversammlung war zweifellos die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848.

An diesem Tag versammelten sich 51 liberale und demokratische Abgeordnete aus Baden, Württemberg, der Rheinpfalz, Hessen und Rheinpreußen im Gasthof „Badischer Hof“ in der Heidelberger Altstadt. Initiatoren der Versammlung waren zwei liberale Oppositionsführer, der badische Abgeordnete Johann Adam von Itzstein und der württembergische Abgeordnete Friedrich Römer. Unter dem Eindruck der Abdankung des französischen Königs Louis

HÔTEL BADISCHER HOF



ADOLF SCHREHER
HEIDELBERG.

Abb. 1: Badischer Hof, um 1880, Lithographie, Stadtarchiv Heidelberg.

Philippe am 24. Februar 1848 verfolgten sie das Ziel, mit Abgeordneten aus Süd- und Mitteldeutschland eine grundlegende Änderung der Verfassung des Deutschen Bundes zu diskutieren.

Die Heidelberger Versammlung hatte im Wesentlichen zwei Ergebnisse:

Zum einen wurde ein nach regionalem Proporz zusammengesetzter sogenannter Siebener-Ausschuss eingesetzt, dem die Aufgabe übertragen wurde, eine vorbereitende Versammlung aus Landtagsabgeordneten und führenden Vertretern der liberalen und demokratischen Opposition zu organisieren, das sogenannte Vorparlament.

Zum anderen einigten sich die Versammlungsteilnehmer auf eine an die Öffentlichkeit gerichtete Abschlusserklärung, die am 7. März 1848 auf der ersten Seite der Deutschen Zeitung erschien. Die Abschlusserklärung betonte die Überzeugung, dass die Herstellung und Verteidigung von „Freiheit, Einheit, Selbständigkeit und Ehre der Deutschen Nation“ im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen erstrebt werden müsse, „solange auf diesem Wege Rettung noch möglich [sei]“. Daher erklärte sie die „Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung“ für unaufschiebbar und kündigte an,

es solle „baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme“ zusammentreten.

Der durch die Heidelberger Versammlung eingesetzte Siebener-Ausschuss richtete ab dem 31. März 1848 in Frankfurt am Main das Vorparlament aus, das die Wahlen für die Nationalversammlung vorbereitete und das erste gesamtdeutsche Parlament einberief. Der von der Heidelberger Versammlung ausgehende und über das Vorparlament weitergetragene Impuls kam mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848 an sein Ziel.

3. Forschungsfragen des Symposions

Die Heidelberger Versammlung wirft – gerade im vergleichenden Blick auf die beiden vorgenannten Verfassungsjubiläen – zahlreiche, nur interdisziplinär zu beantwortende Fragen auf:

- Welchen Stellenwert hat die Versammlung für die deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte?
- Wie ist die Versammlung in die politische Kultur des Vormärz einzuordnen?
- Welche politischen Lager treffen in Heidelberg aufeinander? Wo entstehen Widersprüche, wo findet man zueinander?
- Was bedeutet die Heidelberger Versammlung für die Stadt Heidelberg? Und welche Relevanz kommt der Stadt Heidelberg in den Jahren des Vormärz und der Revolution zu?
- Welche Bedeutung hat die Heidelberger Versammlung, die im Moment der Revolution in Paris nicht auf Straßenkampf, sondern auf eine Nationalversammlung setzt, für die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland? Ist sie vielleicht gar eine der Wiegen des deutschen Parlamentarismus?
- Und schließlich: Sollte der 5. März 1848 aus dem Schatten anderer demokratiegeschichtlicher Ereignisse heraustreten und – deutlicher als bislang – als ein wesentlicher Markstein in der deutschen Verfassungsgeschichte anerkannt werden?

Unser Symposium „Die Heidelberger Versammlung – Markstein in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus“ wagt einen ersten Aufschlag zur Beantwortung dieser Fragestellungen in Gestalt eines interdisziplinären Fachgesprächs an einem historischen Ort.

Essays

„Wie durch einen Zauberschlag“: Die Heidelberger Versammlung im März 1848 und die politische Kultur des deutschen Vormärz

JÖRN LEONHARD

1. Einleitung: „Alles bis auf unsere Tage lauter Revolutionszeitalter“

Als der Schweizer Historiker Jacob Burckhardt im Jahr der deutschen Reichseinigung 1871 auf die Jahrzehnte seit der Französischen Revolution zurückblickte, überwog die Skepsis. So stellte er fest, „dass eigentlich Alles bis auf unsere Tage lauter Revolutionszeitalter“ sei. Im „großen Drama“ der historischen Umwälzungen seit 1789 erkannte er „Eine [sic!] Bewegung“, die im Kontrast „zu aller bekannten Vergangenheit unseres Globus“ stehe.¹ Die Skepsis bezog sich auf die Hoffnung vieler Zeitgenossen, die Revolution beherrschen, kontrollieren und kanalisieren und damit ihr Ende definieren zu können. Damit reflektierte Burckhardts Diagnose einen grundlegenden Bedeutungswandel des Revolutionsbegriffs: Als Epochenetikett stand Revolution nicht mehr für ein punktuell definiertes historisches Ereignis, eine einzelne Umwälzung oder die Vorstellung, die politisch-gesellschaftliche Ordnung bloß temporär außer Kraft zu setzen. Im Sinne einer strukturellen

¹ Jacob BURCKHARDT, Das Revolutionszeitalter, in: DERS., Historische Fragmente, hg. von Emil DÜRR, Neudruck Stuttgart 1942, S. 194–240, hier S. 200; vgl. Jacob BURCKHARDT, Über das Studium der Geschichte. Der Text der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ auf Grund der Vorarbeiten von Ernst Ziegler nach den Handschriften hg. von Peter GANZ, München 1982, S. 248; vgl. Jörn LEONHARD, „Eine Art von Convulsion bis in das Innerste“ – Europäische Revolutionskonzepte und ihre Alternativen im langen 19. Jahrhundert, in: Klaus RIES (Hg.), Romantik und Revolution. Zum politischen Reformpotential einer unpolitischen Bewegung, Heidelberg 2012, S. 83–104; Jörn LEONHARD, Über Revolutionen, in: Journal of Modern European History 11/2 (2013), S. 170–186 sowie DERS., Revolution und Partizipation: 1847/48 in europäischer Perspektive, in: Freiheit, Selbstbestimmung, Teilhabe. Auf dem Weg zur Demokratie 1848/49. Beiträge zur Festwoche in Heppenheim vom 9. Oktober bis 16. Oktober 2022, hg. vom Magistrat der Kreisstadt Heppenheim, mit Unterstützung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Frankfurt/Main 2023, S. 51–72.

und langfristigen Veränderung schloss dieses Revolutionsverständnis die Möglichkeit einer gestaltbaren Rückkehr zu einem Status quo ante auf dem Wege einer Restauration aus.

Hinter dieser Bedeutungsverschiebung der Revolution zum übergreifenden Epochenbegriff stand im 19. Jahrhundert mehrfach, nach 1814/15, aber ebenso nach der Julirevolution von 1830, nach den europäischen Revolutionen 1848/49 und erneut nach der von vielen Zeitgenossen als Revolution wahrgenommenen Nationalstaatsbildung der Deutschen 1871, ein elementarer Erfahrungsumbruch seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Indem die Miterlebenden auf die Revolution als Epochensignatur verwiesen, verorteten sie sich in einer immer wieder neu zu bestimmenden, postrevolutionären Gegenwart, in der die Revolution nur noch dialektisch, aber eben nicht mehr restaurativ aufgehoben werden konnte. Wenn ein gestaltbares Ende der Revolution im tradierten Sinne aber nicht mehr möglich war, erschien jede Gegenwart als Periode eines beschleunigten Übergangs und der latenten Krise. In dem Maße, in dem sich die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts aufgebrochenen Konflikte um das Ende der altständischen Gesellschaften und ihrer überkommenen politischen und sozialen Ordnungsvorstellungen unter immer neuen Vorzeichen und in unterschiedlichen Konstellationen fortsetzten, geriet jede Erwartungssicherheit, also das mögliche Vertrauen in einen stabilen Ordnungsrahmen von Politik und Gesellschaft, unter Druck.² Diese Entwicklung beobachtete auch ein Zeitgenosse Burckhardts aufmerksam. Der französische Historiker und politische Theoretiker Alexis de Tocqueville formulierte angesichts der permanenten Fortsetzung postrevolutionärer Konstellationen in Frankreich im Jahr 1850, also noch unter dem direkten Eindruck der dramatischen Ereignisse seit der Februarrevolution 1848, den Zusammenhang zwischen den strukturellen Ursachen der Französischen Revolution und ihren fortwirkenden Schockwellen: „Für mich ist unübersehbar, dass wir uns seit sechzig Jahren getäuscht haben, als wir glaubten, das Ziel der Revolution zu erkennen [...]. Es ist offensichtlich, dass die Flut weiterläuft [...] dass wir nicht nur das Ende der gewaltigen Revolution, die vor uns begann,

² Panajotis KONDYLI, Reaktion, Restauration, in: Otto BRUNNER, Werner CONZE und Reinhart KOSELLECK (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 179–230, hier S. 197; vgl. Jörn LEONHARD, *Politisches Gehäuse und ideologische Sprache des Fortschritts: Verfassung, Verfassungsstaat und Liberalismus im 19. Jahrhundert*, in: Birgit ASCHMANN (Hg.), *Durchbruch der Moderne? Neue Perspektiven auf das 19. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 2019, S. 218–251.

nicht gesehen haben, sondern dass das Kind, das heute geboren wird, es wahrscheinlich niemals sehen wird.“ Es sei nicht allein eine „Modifikation“ sondern eine strukturelle „Transformation der Gesellschaft“, die für diese langfristigen Wirkungen verantwortlich sei.³

Burckhardt wie de Tocqueville hatten bei ihren Zeitdiagnosen die Zusammenhänge der Revolution von 1848/49 vor Augen. Konservative Autoren, die nach dem Ende der Revolution schrieben, fassten die Ereignisse 1848/49 mit Blick auf die politischen Konflikte in den Parlamenten und die sozialen Auseinandersetzungen auf den Straßen als „tolles Jahr“ zusammen. Doch unterschlug diese Formulierung die Vielfalt der Orte und Medien der Revolution und reduzierte sie auf eine von Gewalt geprägte, temporäre Ausnahmesituation. Nach deren Ende gelte es, so legte diese Interpretation nahe, die demagogisch verführten Volksmassen wieder in die restabilisierte Normalität eines politischen Status quo ante zurückzuführen. Dagegen ergab sich die Dynamik der Revolutionsereignisse aus widersprüchlichen Übergängen von Reformhoffnungen und Krisenerfahrungen in konkrete Handlungsimpulse, in ein verändertes Bewusstsein von sozialer Handlungsmacht und zugleich in die Erfahrung politischer Handlungsgrenzen. Diese Kennzeichen prägten die unterschiedlichen Revolutionsverläufe in Europa. Obwohl es keine europäische Revolution als Ausdruck einer gemeinsamen Agenda und eines homogenen Ereignisrahmens gab, waren die unterschiedlichen Revolutionen in Europa doch vielfältig durch gegenseitige Rezeptionen, Kommunikationszusammenhänge und personale Netzwerke miteinander verflochten.⁴

Gerade in Deutschland wurde 1848/49 der ambivalente Umgang mit Reform und Revolution konstitutiv für die Ereignisse. Das zeigte sich exemplarisch auf der Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848, auf der sich viele der hier angedeuteten Motive bündelten. Sie war eine erste wegweisende und das Selbstbewusstsein der bürgerlichen Oppositionsbewegung reflektierende Antwort auf den Ausbruch der Februarrevolution in Frankreich und die Beschleunigung der Ereignisse in Deutschland. Zugleich dokumentierte die Versammlung die besondere Erfahrung des Politischen, wie sie sich seit 1815 innerhalb der Staatenwelt des Deutschen Bundes

³ Brief Tocquevilles an Eugène Stoffels vom 28. April 1850, in: Alexis de TOCQUEVILLE, *Cœuvres et correspondance*, hg. von G. de BEAUMONT, Bd. I, Paris 1861, S. 460–461; vgl. Jörn LEONHARD, *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001, S. 20–22.

⁴ Claudia GATZKA, *Der Ort des Revolutionären in der deutschen Geschichte*, in: 1848/49. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 73, 7–9 (2023), S. 4–9.

entwickelt hatte. Sie reflektierte in einem entscheidenden Moment der Revolution von 1848/49 frühere Reformtraditionen und enttäuschte Reformhoffnungen des politisch sensibilisierten Bürgertums sowie die seit Februar 1848 neu entstandenen Handlungsmöglichkeiten. Weit über die unmittelbaren Ereignisse hinaus stand die Heidelberger Versammlung für eine eigene politische Kultur und eine besondere politische Sozialisation der Teilnehmer, ohne die sich das Handeln vieler Akteure im weiteren Verlauf der Revolution und darüber hinaus nicht erklären lässt.

Den Ausgangspunkt für die Heidelberger Versammlung bildeten die Ereignisse seit Februar 1848.⁵ Die Krise der nach der Julirevolution 1830 installierten orleanistischen Monarchie in Frankreich und ihr Sturz mobilisierten nicht allein die Mitglieder bestehender Landtage in den Staaten des Deutschen Bundes. Sie ließen auch innerhalb weniger Tage eine soziale Protestbewegung entstehen, die sich bewusst im öffentlichen Raum, auf Straßen und Plätzen konstituierte. Dieser Prozess schloss gewaltsame Konfrontationen mit der Obrigkeit mit ein. Diese unterschiedlichen Handlungsebenen entwickelten sich von Anfang an nicht getrennt voneinander, sondern wirkten immer wieder unmittelbar aufeinander. Vor allem der am 27. Februar in Mannheim stattfindenden Volksversammlung, auf der die Teilnehmer zentrale Positionen formulierten, die in den kommenden Wochen als „Märzforderungen“ an vielen Orten übernommen wurden, kam in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung zu, weil sie die Dynamik und Stärke der Volksbewegung außerhalb der Landtage dokumentierte. Zu den konkreten Forderungen zählte die Volksbewaffnung mit der freien Wahl der Offiziere, die Abschaffung der Zensur und die Sicherung der Pressefreiheit, Schwurgerichte nach englischem Vorbild sowie die Wahl zu einem gesamtdeutschen Parlament.

Als Zeichen der grundsätzlichen Konzessionsbereitschaft beriefen die Fürsten angesichts der kritischen Situation in vielen deutschen Einzelstaaten Märzministerien. Gleichzeitig spitzte sich die Diskussion um den Weg zu einem deutschen Parlament zu. Bereits am 12. Februar, also noch vor der Eskalation der Krise in Frankreich und den Volksbewegungen in Deutschland, hatte Friedrich Daniel Bassermann als Mitglied der badischen Ständekammer und Vertreter der bürgerlichen Liberalen die Einrichtung einer Volksvertretung beim Deutschen Bundestag gefordert, um so den Revolutionsimpuls in eine Reform der bestehenden Institutionen zu überführen. Dahinter stand

⁵ Vgl. im folgenden Jörn LEONHARD, *Die Revolution von 1848/49*, Informationen zur politischen Bildung, Heft 364 (3/2025), Bonn 2025, S. 20–25.